



## Inhaltsverzeichnis

29.07.2025	NDR: Salzwasserstrom zum Atommülllager Asse bei Bohrungen entdeckt	3
29.07.2025	Deutscher Bundestag: Möglicher Neubau eines Zwischenlagers in Jülich	4
28.07.2025	umweltfairaendern.de: Grüne und Linke in NRW: Gemeinsam Atomtransporte stoppen – Einladung an Bundesumweltminister Schneider	5
29.07.2025	Cleanthinking: Was steckt hinter dem vermeintlichen BASE-Skandal?	6
29.07.2025	aachener-zeitung.de: Vor Castor-Entscheidung: Kommt der Bundesumweltminister nach Jülich?	11

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



NDR

## Salzwasserstrom zum Atommüllager Asse bei Bohrungen entdeckt

29. Juli 2025 15:28 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Im **Atommüllager** Asse bei Wolfenbüttel wird nach dem Ursprung des Salzwassers gesucht, das seit Jahren in das ehemalige Bergwerk eindringt. Nun wurden erste Erfolge verzeichnet: Bergleute haben einen Salzwasserstrom entdeckt.

Das teilte der Betreiber, die Bundesgesellschaft für **Endlagerung** (BGE), am Dienstag mit. Der Salzwasserstrom befindet sich in etwa 660 Metern Tiefe unterhalb einer Auffangfolie. Die Folie habe sich durch den Gebirgsdruck verschoben, sodass das zufließende Salzwasser nicht mehr darauf gesammelt werden konnte. Die **BGE** hatte die Bohrung mit einer Kamera gefilmt. Bilder der Bohrung würden zeigen, dass Salzwasser in einem Strahl in die Bohrung fließe, sagte eine Sprecherin.

### Salzwasser soll an die chemische Industrie gegeben werden

Der gefundene Salzwasserstrom werde derzeit mit einem Schlauch in ein Speicherbecken geleitet, so die Sprecherin. Innerhalb von einer Woche seien rund 55 Kubikmeter Salzwasser aus der Bohrung abgepumpt worden. Erste Proben zeigten, dass es die gleiche chemische Zusammensetzung hat wie das zuvor oberhalb der Folie aufgefangene Wasser, hieß es. Nachdem es vom Strahlenschutz radiologisch untersucht worden ist, könne das Salzwasser dann an die Oberfläche gepumpt und an die chemische Industrie abgegeben werden, so die **BGE**.

### Grube droht einzustürzen

Seit Jahren fließen der **BGE** zufolge täglich etwa 12.000 Liter salzhaltiges Wasser in das ehemalige Salzbergwerk. Bislang war unbekannt, woher das Wasser stammt. Um das Bergwerk trocken zu halten, wird es an verschiedenen Stellen aufgefangen und abgepumpt. Allerdings kommt laut **BGE** seit mehr als einem Jahr weniger Wasser an der Hauptauffangstelle an. Stattdessen trete es weiter unten im Bergwerk auf. In der Schachanlage lagern in 13 Kammern rund 126.000 Fässer mit radioaktiven und chemischen Abfällen. Weil die Kammern drohten, vollzulaufen und einzustürzen, sollen die Fässer geborgen und an die Oberfläche geholt werden.

---

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



Deutscher Bundestag

## Möglicher Neubau eines Zwischenlagers in Jülich

29. Juli 2025 17:20 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Berlin: (hib/MIS) Für den Zwischenlagerneubau in Jülich ist die Nutzung zweier Grundstücke avisiert: Die Nutzung einer Teilfläche des AVR-Grundstücks (Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor) sowie die angrenzende Jungwuchsfläche. Das geht aus der Antwort ( 21/976 ) der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage ( 21/736 ) der Fraktion Die Linke zum „Stand der Räumungsoptionen des Atommülls aus Jülich und Sicherheit des Zwischenlagers Ahaus“ hervor. Die Frage des Erwerbs des AVR-Grundstücks und dessen Finanzierung für ein neues Zwischenlager am Standort Jülich befindet sich demnach ebenso in der Prüfung wie die Frage der zuwendungsrechtlichen Zustimmung zum Erwerb des AVR-Grundstücks. In Bezug auf die weitere für einen potenziellen Zwischenlagerneubau notwendige Fläche, die Jungwuchsfläche, ist noch keine abschließende Beratung und Beschlussfassung des Aufsichtsrates erfolgt.

Zur Aufteilung der Kosten für ein etwaiges neu zu errichtendes Zwischenlager in Jülich heißt es im Antwortschreiben des Bundesministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) weiter, der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen (NRW) finanzierten die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen mbH (JEN) überwiegend in einem Verteilungsschlüssel von 90:10 (Bund:Land). Die AVR-Bodensanierung sowie die Lagerung und Entsorgung der AVR-Brennelemente würden im Verhältnis 70:30 (Bund:Land) gefördert. Hierüber bestehe Einigkeit. Derzeit fänden keine Gespräche statt, in denen die in Verwaltungsvereinbarungen festgelegten Finanzierungsschlüssel zur Disposition gestellt würden. Qua Räumungsanordnung sei das derzeitige Lager so schnell wie möglich beziehungsweise sobald es der JEN tatsächlich und rechtlich möglich ist, zu räumen. Das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) finanziere die Maßnahmen, die geboten seien, um die durch die NRW-Atomaufsicht angeordnete unverzügliche Räumung umzusetzen. Nach allem, was der Bundesregierung bekannt sei, sei die Verbringung nach Ahaus am schnellsten umzusetzen.

---

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



## Grüne und Linke in NRW: Gemeinsam Atomtransporte stoppen – Einladung an Bundesumweltminister Schneider

28. Juli 2025 16:39 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Unnötige Atomtransporte aus Jülich quer durch NRW nach Ahaus doch noch verhindern? Das wollen die aus NRW stammenden Bundestagsabgeordneten Mareike Hermeier (Linksfraktion) und Jan-Niklas Gesenhus (Fraktion Grüne) sowie die beiden Landesvorstandsmitglieder Hubertus Zdebel (Linke) und Alexandra Schoo (Grüne) erreichen. In einem gemeinsamen Brief haben sie den Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) zu Gesprächen nach Ahaus eingeladen. Vor der Entscheidung des Ministeriums soll noch einmal gemeinsam mit den betroffenen Kommunen und Bürger\*innen und Initiativen versucht werden, Wege zu finden, damit auf die 152 überaus gefährlichen Atomtransporte verzichtet werden kann. Das Bundesland NRW setzt sich laut Koalitionsvertrag für einen Verbleib des Atommülls in Jülich und den Neubau eines Zwischenlagers ein.

Möglicherweise ab Oktober könnten Atommülltransporte Woche für Woche über die Autobahnen in NRW rollen, wenn der Bundesumweltminister auf Vorlage durch die zuständige Genehmigungsbehörde in den nächsten Wochen grünes Licht gibt. Außerdem hat die neue Linksfraktion einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der im September auf der Tagesordnung des Umweltausschusses stehen könnte.

Die Frage zum Umgang mit dem Atommüll in Jülich ist schon über ein Jahrzehnt auf der Tagesordnung. Zugespitzt wurde das Thema, als der Nachweis der Erdbebensicherheit in Jülich nicht erbracht werden könnte und das Land NRW daher als Atomaufsicht (Wirtschaftsministerium) eine Räumungsverfügung aussprach. Viele Jahre verträdelten dann beteiligte Ministerien und auch der Betreiber der ehemaligen Atomforschungsanlage in Jülich mit so sinnreichen „Lösungen“, wie einen Export der 152 Atombehälter in die USA. Nicht nur Geld, sondern eben auch Zeit wurden mit der derartigen „Planungen“ vertan.

Hätten damals alle Beteiligten sich auf den zur Vermeidung von Atomtransporten notwendigen Neubau eines Zwischenlagers in Jülich verständigt, wäre das heute bereits gebaut und genehmigt und das Thema wäre hinfällig. Aber auch andere Akteure müssen sich hier die Frage gefallen lassen, warum den trotz entsprechender Zuständigkeiten Klärungen im Sinne eines Verzichts von Atomtransporten als die sicherste Variante nicht zielstrebig herbeigeführt wurden.

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen in NRW spricht von „unnötigen Atomtransporten“ nach Ahaus und will ein neues Zwischenlager in Jülich. Bundesbehörden und Parlament hatten aber Ende 2022 gemeinsam erklärt, dass NRW dann allein für die Kosten aufkommen müsste. Sonst gilt eine Kostenaufteilung beim Umgang mit dem Jülicher Atommüll von 70 Prozent vom Bund und 30 Prozent vom Land. So oder so: Alles wird von den Steuerzahlenden bezahlt, weil der Atommüll als „staatlicher“ Atommüll

behandelt wird.

Bürgerinitiativen und Betroffene nicht nur in NRW machen mit Aktionen und Protesten Druck, um die Atomtransporte noch zu verhindern. Auch Demonstrationen sind geplant. Am 14. September 2025 finden in NRW Kommunalwahlen statt. Vermutlich soll es auch deshalb erst ab Oktober zu den Atomtransporten kommen. Der Landesverband NRW des BUND hat angekündigt, gegen die Genehmigung dieser Atomtransporte zu klagen. Wichtig vor Gericht wäre dafür, dass die Bundesregierung bzw. das Genehmigungsbehörde BASE den Sofort-Vollzug nicht erteilt. Diese Entscheidung ist eine Ermessensentscheidung.

Es wäre auch denkbar, dass die JEN den Antrag auf Sofort-Vollzug zurückzieht.

---

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Cleanthinking

## Was steckt hinter dem vermeintlichen BASE-Skandal?

29. Juli 2025 21:28 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

29. Juli 2025

Apollo News-Chefredakteur Daniel Gräber berichtet über einen „anonymen Brief“ gegen „grüne Selbstbedienung“ in der Atombehörde

Im Juli 2025 veröffentlichte das Onlineportal Apollo News einen Beitrag, der sich liest wie eine Enthüllung – und doch viele Fragen offenlässt. Im Zentrum: ein anonymes Brandbrief aus dem Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), in dem von „grüner Vetternwirtschaft“, „Versorgungsmentalität“ und der „Unterwanderung des Amtes“ durch politische Netzwerke die Rede ist. Verfasst wurde der Text von Daniel Gräber, Chefredakteur des Portals – und kein Unbekannter.

### Vom angeblichen „Geheimakten“-Skandal zur nächsten Behauptung

Bereits im Frühjahr 2024 hatte Gräber im Magazin Cicero mit der Titelgeschichte „Habecks Geheimakten“ versucht, einen politischen Skandal rund um den Atomausstieg zu entfachen. Die Veröffentlichung basierte auf Akten, die Gräber per Klage gegen das Wirtschaftsministerium erwirkt hatte. Doch die mediale

Resonanz blieb begrenzt – und die rechtliche Bewertung eindeutig: Der Blog Volksverpetzer warf Gräber vor, er habe „Dinge hinzuerfunden“, um „einen Skandal zu inszenieren“. Cicero klagte auf Unterlassung – und verlor vor Gericht.

Trotzdem nutzten CDU und CSU den Artikel, um einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss gegen Wirtschaftsminister Robert Habeck durchzusetzen. Der Ausschuss konstituierte sich im Juli 2024 – und endete vor der Bundestagswahl 2025 ergebnislos: Habeck konnte keine Pflichtverletzung oder politische Einflussnahme nachgewiesen werden.

Einige Monate später, im November 2024, hatte Cleanthinking.de einen weiteren Gräber-Artikel einem umfassenden Faktencheck unterzogen. Unter dem Titel „Habeck und die Atomkraft: Fakten widersprechen Cicero und Bild-Behauptungen zu Frankreich-Brief“ wurde aufgezeigt, dass Cicero und Bild einen Brief von Habeck an seine französische Amtskollegin fälschlich als Beleg dafür darstellten, Deutschland habe sich in der Energiekrise auf französischen Atomstrom verlassen.

Tatsächlich zeigen die Fakten: Frankreich hatte aufgrund technischer Probleme bei seinen Atomkraftwerken selbst massive Versorgungsschwierigkeiten und war auf Stromimporte aus Deutschland angewiesen. Habecks Schreiben diente der Klärung französischer Planungen – und nicht dem „Betteln“ um Atomstrom, wie Bild und Cicero suggerierten.

Der Cleanthinking-Artikel stellte zudem dar, dass Deutschland im Sommer 2022 über Gaskraftwerke Strom für Frankreich produzierte, während die französische Regierung zugleich deutsche Gaslieferungen unterstützte – ein klassischer Fall europäischer Solidarität. Die von Cicero und Bild gezeichnete Interpretation entbehrte jeder sachlichen Grundlage und diente offenbar vor allem der parteipolitischen Stimmungsmache gegen die Energiewende.

Jetzt, nur wenige Monate später, folgt Gräbers nächster Vorstoß: Diesmal dient ein „anonymer Brief“ angeblicher „Fachleute“ aus dem Bundesamt als Grundlage – ein Schreiben, das höchst fragwürdige Aussagen enthält, aber weder überprüfbar noch kontextualisiert ist.

### Was ist das BASE – und was nicht?

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) wurde 2016 gegründet – als direkte Konsequenz aus dem gescheiterten Endlagerprojekt Gorleben. Die Gründung war politisch und gesetzlich bewusst darauf ausgerichtet, operative und kontrollierende Aufgaben institutionell zu trennen. Ziel war es, Glaubwürdigkeit und Vertrauen in die Endlagersuche neu zu gewinnen und die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. Deshalb wurden zwei komplementäre Organisationen geschaffen: Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE): Eine bundeseigene GmbH, zuständig für die Durchführung der Endlagersuche, geowissenschaftliche Untersuchungen, Planung und Umsetzung möglicher Standorte. Die BGE untersteht der Aufsicht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK). Das BASE: Die unabhängige Aufsichts-, Kontroll- und Genehmigungsbehörde. Es bewertet die Arbeiten der BGE, führt Sicherheitsprüfungen durch, genehmigt unter anderem Castor-Transporte und überwacht bestehende

Zwischenlager. Zudem ist das **BASE** seit der Novelle des Standortauswahlgesetzes (StandAG) im Jahr 2020 für die Konzeption und Umsetzung der Öffentlichkeitsbeteiligung sowie für die fachliche Begleitung von Beteiligungsformaten und methodischen Leitlinien verantwortlich.

Die klare Trennung von Durchführung (**BGE**) und Kontrolle (**BASE**) ist essenzieller Bestandteil des neuen **Endlagerverfahrens**. Das **BASE** agiert dabei als sicherheitstechnische und gesellschaftspolitische Kontrollinstanz und soll gewährleisten, dass der Prozess transparent, nachvollziehbar und wissenschaftlich fundiert abläuft. Screenshot des von Apollo News veröffentlichten anonymen Briefes.

### Der anonyme Brief – viele Behauptungen, wenig Substanz

Zunächst stellt sich die Frage: Wer sind die „Fachleute“, die diesen Brief verfasst haben wollen? Der Text ist anonym, ohne Angaben zu Funktion, Fachbereich oder Dienststellung – eine Einordnung der Urheberschaft ist unmöglich. Dennoch sorgt er intern für Aufsehen.

Der amtierende Präsident des **BASE**, Christian Kühn, der seit Anfang 2024 im Amt ist und als einziger **BASE**-Behördenleiter tatsächlich ein grünes Parteibuch besitzt, nahm den Brief ernst genug, um ihn im Intranet des Hauses zu veröffentlichen. Gleichzeitig ordnete er ihn als rufschädigend ein: Der Brief untergrabe das Ansehen der Behörde und stelle pauschale Unterstellungen anstelle fachlicher Kritik.

Auffällig ist: Der Brief versucht über mehrere Ebenen ein Skandalisierungsnarrativ zu erzeugen – etwa durch die Unterstellung, die Öffentlichkeitsarbeit des **BASE** sei primär Mittel zur Einflussnahme „grünennaher Netzwerke“. Dabei ist Öffentlichkeitsarbeit seit 2020 eine gesetzlich definierte Kernaufgabe der Behörde. Gerade nach dem Scheitern des Gorleben-Prozesses wurde das Beteiligungsverfahren im Standortauswahlgesetz (StandAG) massiv gestärkt – mit breiter Zustimmung aller demokratischen Parteien.

Der Brief vertieft diese Skandalisierung: Er wirft dem **BASE** vor, die **Endlagersuche** habe sich zur „Lachnummer“ entwickelt, Beteiligungsverfahren seien bloße Feigenblätter und die Verwaltung diene als Selbstbedienungsladen für „grünennahe Netzwerke“. Die **Endlagersuche** entwickle sich zur „Lachnummer“, Beteiligungsverfahren seien bloße Feigenblätter, die Verwaltung diene als Selbstbedienungsladen für „grünennahe Netzwerke“.

Besonders heftig: Die Behauptung, das Amt sei gezielt „unterwandert“ worden, um das Verfahren zu verzögern und zu verteuern. Die Unterstellungen richten sich implizit gegen Wolfram König, der von 2001 bis 2016 erst das **Bundesamt** für Strahlenschutz und später das neu gegründete **BASE** leitete.

König war zuvor in der hessischen Umweltverwaltung unter dem damaligen grünen Umweltminister Joschka Fischer tätig, bevor ihn Jürgen Trittin als Bundesumweltminister zum Präsidenten des **Bundesamtes** für Strahlenschutz berief. Trotz dieser Biografie blieb König parteilos, ohne politisches Mandat und war über zwei Jahrzehnte hinweg unter wechselnden Regierungen im Amt. Seine Amtsführung galt stets als sachlich, transparent und dem Sicherheitsinteresse verpflichtet.

Es ist typisch, dass bei öffentlichen Institutionen mit komplexen Aufgaben gerne pauschale Unterstellungen

erhoben werden – insbesondere, wenn leitende Persönlichkeiten biografische Bezüge zu politischen Lagern haben. Doch das allein taugt nicht zum Beleg politischer Einflussnahme: Auch der Präsident des Bundesrechnungshofs, Kay Scheller, ist CDU-Mitglied – und dennoch wird seine fachliche Integrität im politischen Raum kaum infrage gestellt.

Zurück zu König: Der anonyme Brief unterstellt etwa, unter seiner Leitung sei eine „Versorgungsstruktur“ für grüne Netzwerke etabliert worden. Es heißt dort: „Insbesondere grünennahen Personen und Organisationen wird der Zugang zu Projekten und Mitteln erleichtert.“ An anderer Stelle wird behauptet, die **Endlagersuche** werde durch „gewollte Komplexität“ bewusst verzögert – ein Vorwurf, der jeglicher Grundlage entbehrt.

Statt seriöser Kritik an Struktur, Methodik oder wissenschaftlicher Praxis finden sich vor allem politische Unterstellungen und verzerrende Pauschalurteile, die das Vertrauen in das Suchverfahren beschädigen sollen.

#### Der Stellenaufwuchs – gesetzlich gewollt, nicht ideologisch motiviert

Ein zentrales Motiv im anonymen Brief ist die Behauptung, das **BASE** sei personell „aufgebläht“ worden – von 40 auf über 500 Stellen, um „grünen Netzwerken“ Versorgungspositionen zu verschaffen. Die Realität: Der Aufwuchs ist Teil eines politisch und gesetzlich legitimierten Behördenaufbaus. Die 523 Planstellen (2025) ergeben sich aus: dem gestiegenen Arbeitsaufwand durch Fachkonferenzen, neuen gesetzlichen Beteiligungsformaten (§§ 9–11 StandAG), wachsender Verantwortung bei Sicherheitsfragen (Zwischenlager, Transport).

Das Personalwachstum wurde über Jahre vom Bundestag beschlossen, Haushaltsausschüsse geprüft und durch Bundesminister\*innen aller Parteien getragen – von der SPD (Schulze) über die CDU (Röttgen) bis zu den Grünen (Lemke). Auch die entscheidenden gesetzlichen Grundlagen – insbesondere die Novelle des Standortauswahlgesetzes 2020 – wurden unter CDU- und SPD-Führung auf den Weg gebracht.

Zudem betont das **BASE** selbst, dass trotz der genehmigten 523 Planstellen nicht alle besetzt werden: „Wir verzichten bewusst auf Vollauslastung, um Kosten zu sparen und nur dort Personal aufzubauen, wo tatsächlich Bedarf besteht.“

#### Wer hat „unterwandert“ – und mit welchem Ziel?

Die Autoren des Briefes suggerieren, es gebe ein „grünes Netzwerk“, das die Öffentlichkeitsbeteiligung zur politischen Einflussnahme missbrauche. Der Begriff „Zivilgesellschaft aus Gorleben“ wird dabei als Kampfbegriff verwendet. Gemeint sind vermutlich Akteur\*innen aus dem Wendland, die sich seit Jahrzehnten konstruktiv-kritisch in der **Atommülldebatte** engagieren.

Der ehemalige **BASE**-Präsident Wolfram König, gegen den sich die Unterstellungen offenbar richten, war parteilos, wurde 2001 unter Jürgen Trittin eingesetzt – und blieb über 20 Jahre im Amt, unter CDU-, SPD- und grünen Minister\*innen. Seine Amtsführung galt als sachlich, transparent und dialogorientiert.

Der ehemalige BASE-Präsident Wolfram König, gegen den sich die Unterstellungen offenbar richten, war parteilos. Er wurde 2001 von Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) zum Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz berufen, nachdem er zuvor in der hessischen Umweltverwaltung unter Joschka Fischer tätig war. Trotz dieser Nähe zu grünen Landes- und Bundesregierungen blieb König über zwei Jahrzehnte hinweg unter CDU-, SPD- und grünen Minister\*innen im Amt – unter anderem auch unter CDU-Minister Norbert Röttgen. Seine Amtsführung galt als sachlich, transparent und dialogorientiert.

Wer heute behauptet, das BASE sei „unterwandert“ worden, stellt nicht die Personalpolitik infrage, sondern die Legitimität eines gesamten demokratisch getragenen Suchverfahrens.

**Fazit: Kein Skandal – sondern gezielte Verunsicherung**

Daniel Gräber hat auf X angekündigt, zu dem Thema weiter recherchieren zu wollen. Bislang jedoch erscheint die Geschichte wenig substantiell und liefert keinen überzeugenden Anlass für eine Skandalisierung. Wie schon Gräbers Atom-Akten-Geschichte zuvor, geht es auch diesmal nicht um journalistische Aufklärung, sondern um das Erzeugen politischer Zweifel am Funktionieren staatlicher Institutionen.

Dass kein anderes Medium die Geschichte aufgegriffen hat, sagt viel. Und doch sollte sie nicht unkommentiert bleiben. Denn wer BASE und BGE angreift, wer Beteiligung delegitimiert und Fachpersonal pauschal diskreditiert, zieht nicht nur gegen „die Grünen“ zu Felde – sondern gegen das Grundprinzip demokratischer Energiepolitik – nämlich eine nachvollziehbare, wissenschaftsbasierte und gesellschaftlich legitimierte Entscheidung über den Umgang mit hochradioaktivem Atommüll, getragen von Transparenz und Kontrolle.

Quellen [Atomenergie](#) [Teilen](#)

---

Jülich

## Vor Castor-Entscheidung: Kommt der Bundesumweltminister nach Jülich?

NRW-Grüne und Linke wollen mit neuer Initiative die anstehenden Atommülltransporte von Jülich nach Ahaus stoppen.

Mit einer neuen Initiative wollen Bundestagsabgeordnete von Grünen und der Partei Die Linke die anstehenden Castortransporte zwischen Jülich und Ahaus verhindern. Gemeinsam mit den jeweiligen NRW-Parteivorständen haben sie in einem gemeinsamen Brief Bundesumweltminister Carsten Schneider (SPD) nach NRW eingeladen, um vor Ort Möglichkeiten zu diskutieren, wie „diese gefährlichen und auch aus Sicht der Landesregierung in NRW unnötigen Atommülltransporte“ vermieden werden können. Die Bundestagsabgeordneten Mareike Hermeier (Linke) und Jan-Niclas Gesenhues (Grüne) bauen darauf, dass eine sichere Lagerung der 152 Castoren mit rund 300.000 radioaktiven Brennelemente-Kugeln weiterhin in Jülich erfolgen soll. Dazu müsste das bestehende Zwischenlager – für das seit 2014 eine Räumungsanordnung vorliegt – eine neue Betriebsgenehmigung erhalten. Den Antrag dazu gibt es, genehmigt wurde er aber nicht, weil Unterlagen zur IT-Sicherheit bisher nicht erstellt werden konnten. In einem weiteren Schritt müsste ein neues Zwischenlager errichtet und die Frage der Finanzierung geklärt werden. Die ist zwischen Bund und Land strittig.

Zuletzt hatte NRW-Wirtschaftsministerin Mona Neubaur (Grüne) Ende Mai neue Gespräche mit dem Bundesumweltministerium über die Frage der Un-

terbringung der Castoren angekündigt. Neubaur wollte „in einen konstruktiven Austausch“ mit dem neuen Minister gehen, „um in dieser Sache eine ziel- und interessengerechte Lösung zu finden“. Weil es diese Gespräche nach Auskunft der Bundesregierung aber gar nicht gegeben hat, sondern ein Austausch lediglich auf der Ebene der Atomaufsicht erfolgt ist, hatten Vertreter der Linken Neubaur vorgeworfen, das Thema „nicht mit der erforderlichen Konsequenz“ voranzutreiben.

Wie kompliziert die Sachlage inzwischen ist, machen weitere Nachfragen in den zuständigen Ministerien deutlich. So verweist eine Sprecherin des Düsseldorfer Ministeriums für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (MWIKE) darauf, dass es sehr wohl Gespräche zwischen Düsseldorf und dem Bund gegeben habe. Nach dem Ende Mai angekündigten Brief habe „sich Frau Ministerin Neubaur nochmals mit konkreten Fragen mit Schreiben vom 12. Juni direkt an Herrn Bundesminister Schneider gewandt.

Auf der Grundlage dieser Schreiben kam es am 8. Juli zwischen den Hausleitungen des MWIKE und des Bundesumweltministeriums zu einem Gespräch.“ Dieses Gespräch wird auf Nachfrage auch vom Bundesumweltministerium bestätigt, allerdings ging es da-

bei offenbar nicht um das Jülicher Zwischenlager – weder über das bestehende noch über einen möglichen Neubau. „Vielmehr standen an dem genannten Termin neben anderen Themen Fragen im Zusammenhang mit in der Schlussphase der Genehmigungsverfahren stehenden Transporten von Jülich und Garching nach Ahaus auf der Agenda“, heißt es aus dem Bundesumweltministerium. Und: Fragen zur Finanzierung eines Zwischenlagers in Jülich standen bei dem Termin am 8. Juli auch nicht zur Diskussion.

Dabei wäre das der entscheidende Punkt, weil der Bund auf dem Standpunkt steht, dass die kostengünstigere Variante - also der Abtransport nach Ahaus - die sinnvollste Lösung sei, zumal sie auch kurzfristiger umzusetzen wäre. Ein Zwischenlagerneubau müsste demnach vom Land alleine finanziert werden. Und die Zeit drängt, sollte es beim Land ein Interesse geben, diese Fragen zu klären. Denn das für die Genehmigung zuständige Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hatte eine Entscheidung noch im Sommer angekündigt. Kommt die Genehmigung für die Castortransporte und ordnet das BASE den sofortigen Vollzug an, kann man von ersten Transporten noch im Herbst ausgehen.

Wörter:	517	Jahrgang:	2025
Autor/-in:	Burkhard Giesen	Ausgabe:	Einzelausgabe
Medienkanal:	ONLINE	Visits (VpD):	122.145 <sup>1</sup>
Mediengattung:	Online News	Unique Users (UUpD):	29.000 <sup>2</sup>
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.aachener-zeitung.de/lokales/region-dueren/juelich/vor-castor-entscheidung-kommt-der-bundes-umweltminister-nach-juelich/80498197.html>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 05-2025

<sup>2</sup> gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+